

Amerika im Angesicht der «nationalen Krise»

Drogenepidemie Zahl der Opium-Toten in den USA steigt schneller als je zuvor - woran das liegt



VON RENZO RUF, AARLINGTON (VIRGINIA)

Eigentlich hat Rod Rosenstein ganz andere Sorgen. Morgen Donnerstag wird der ehemalige FBI-Direktor James Comey vor einem Senatsausschuss erstmals öffentlich Auskunft über seine Entlassung geben - bei der im Vormonat auch Rosenstein, die Nummer zwei im nationalen Justizministerium, eine zentrale Rolle gespielt hatte. Er war es nämlich, der Präsident Donald Trump (nachträglich) die Begründung für diesen ungewöhnlichen Schritt geliefert hatte - weil Comey angeblich im vorigen Jahr, während der Ermittlungen gegen die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton, seine Kompetenzen überschritten habe. Zwar betonte Rosenstein anschliessend, dass er nie empfohlen habe, Comey zu feuern. Da steckte Rosenstein aber bereits im Sumpf einer Affäre, die sich um einen egozentrischen Präsidenten, einen aufrechten Gesetzeshüter und eine mögliche Einflussnahme russischer Regierungskreise auf den Wahlkampf 2016 dreht.

An diesem Dienstagmorgen aber, als Rosenstein im Hauptquartier der Drogenbekämpfungsbehörde DEA (Drug Enforcement Agency) in einem Vorort von Washington das Wort ergreift und mit ernstem Gesichtsausdruck über eine «nationale Krise» spricht, ist Russland weit weg. Im Zentrum der Ausführungen des hochrangigen Juristen steht die Drogenepidemie, die über die USA schwappt und eine ganze Ge-

neration zu zerstören droht. Gegen 60 000 Menschen seien im Jahr 2016 an einer Überdosis gestorben, sagt Rosenstein und bestätigt damit eine Hochrechnung, die zuvor in der «New York Times» publiziert worden war. 60 000 tote Menschen - dies entspricht einem Plus von gegen 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2015. «Nun sind Drogenüberdosen die Todesursache Nummer eins für Amerikaner unter 50 Jahren», sagt Rosenstein. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 starben in den USA insgesamt 36 252 Menschen an Schusswaffenverletzungen. Bei rund zwei Drittel dieser Vorfälle handelte es sich um Selbsttötungen.

Polizisten stossen an ihre Grenzen

Die Politik steht dieser Krise recht hilflos gegenüber. Eine eigentliche Strategie zur Eindämmung der Opiate-Epidemie gibt es nicht. Rosenstein sagt, dass einige Menschen grössere Toleranz im Kontakt mit Süchtigen anmahnten, weil keine Bevölkerungsschicht von der Drogenepidemie verschont bleibe. Andere Kreise forderten ein schärferes Vorgehen. «Ich aber sage, dass wir der tödlichen Gefahr ins Auge blicken müssen», sagt Rosenstein - und dazu gehöre auch das Bekenntnis, dass die Ordnungshüter bei ihrer Arbeit an ihre Grenzen stossen.

Denn zunehmend werden Schmerzmittel und Heroin von synthetischen Drogen wie Fentanyl aus chinesischer Produktion verdrängt. Fentanyl ist rund 50 Mal stärker

DRITTER ANSTIEG IN FOLGE

In Europa fast 8500 Drogentote

Auch in Europa steigt die Zahl der Drogentoten. 2015 sind 8441 Menschen an den Folgen einer Überdosis gestorben, fast die Hälfte davon in Deutschland und Grossbritannien. Damit stieg die Zahl der Drogentoten zum dritten Mal in Folge, wie aus dem Jahresbericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht hervorgeht. 2014 zählte die Beobachtungsstelle 7950 Drogentote. Damit ist ein Anstieg von 6 Prozent binnen eines Jahres zu verzeichnen. 80 Prozent der Opfer erlagen den Folgen einer Überdosis von Kokain oder Opioiden. Mehr als drei Viertel der Opfer waren Männer. (SDA)

als Heroin - 2 Milligramm können bereits zum Tod eines Menschen führen, rechnet Rosenstein vor. Dies entspreche «einigen Salzkörnern». Dann erzählt Rosenstein von einem Polizisten aus East Liverpool im Bundesstaat Ohio, der während einer Verkehrskontrolle das Auto eines Süchtigen durchsuchte. Dabei kam Chris Green in Kontakt mit weissem Pulver, das er gedankenlos von seiner Uniform wischte. Eine Stunde später verlor er das Bewusstsein. Erst nach der Injektion von vier Dosen des Gegengiftes Narcan, das durch den Pharmakonzern Adapt Pharma hergestellt wird, stabilisierte sich sein Gesundheitszustand.

Neue Informationskampagne

An diesem Dienstag lanciert die DEA deshalb eine neue Kampagne, mit der die Behörde Polizisten, Mediziner und Feuerwehrleute von den tödlichen Folgen von Fentanyl warnt. Die Botschaft an die «First Responder», wie Hilfeleister in den USA genannt werden: «Wenn Sie keine Ahnung haben, um welche Substanz es sich handelt, dann rechnen Sie mit dem Schlimmsten.» Diese Warnung stammt von Chuck Rosenberg, dem geschäftsführenden DEA-Direktor. Er spricht nach Rod Rosenstein - und während der führende Drogenbekämpfer über die Krise redet, die Amerika zu zerstören droht, macht sich sein Vorgesetzter aus dem Staub. Denn eigentlich hat Rod Rosenstein ganz andere Sorgen als die amerikanische Drogenepidemie.

Syrien

Grossoffensive gegen IS-Hochburg Rakka hat begonnen

Die entscheidende Offensive zur Vertreibung der IS-Terrormiliz aus ihrer syrischen Hochburg Rakka hat begonnen. Von den USA unterstützte Rebellen-Einheiten griffen einen Bezirk im Osten Rakkas an. «Es hat heute im Morgengrauen begonnen», sagte der Direktor der der Opposition nahestehenden Beobachterstelle für Menschenrechte, Rami Abdulrahman. Auch ein Militärstützpunkt im Norden Rakkas sei angegriffen worden.

Die «grosse Schlacht» zur Vertreibung der IS-Terrormiliz aus der Stadt im Norden Syriens habe begonnen, sagte der Sprecher des Rebellenbündnisses SDF, Talal Sello, gestern Dienstag in dem Ort Hasima nördlich von Rakka. Die Rebellen griffen vom Norden, Osten und Westen her den IS an. Eine US-geführte Militärkoalition unterstütze die Kämpfer aus der Luft. Auch US-Spezialeinheiten seien im Einsatz, teilte die Beobachterstelle weiter mit.

Der Kampf um Rakka werde heftig, weil «die IS-Kämpfer sterben werden, um ihre sogenannte Hauptstadt zu verteidigen», hiess es weiter. Der sogenannte «Islamische Staat» hatte Rakka zur Hauptstadt seines von ihm ausgerufenen Kalifats ernannt. Gegen 200 000 Personen waren nach Koalitionsangaben aus der Stadt geflohen. (SDA)

Genf

USA kritisieren Menschenrechtsrat, treten aber nicht aus

Die USA bleiben Mitglied im UNO-Menschenrechtsrat. Die Stellungnahme der US-Botschafterin bei der UNO, Nikki Haley, zu Beginn der dreiwöchigen Versammlung des Menschenrechtsrates in Genf war mit Spannung erwartet worden. Im März hatten die USA Spekulationen über einen bevorstehenden Austritt genährt.

Bereits unter Präsident George W. Bush boykottierten die USA das Gremium wegen seiner Kritik an Israel. Vom neuen Präsidenten Donald Trump war erneut ein härterer Kurs erwartet worden, hatte sich dieser doch wiederholt klar hinter die Interessen Israels gestellt.

Haley verkündete jedoch gestern in Genf weder den Austritt der USA noch andere Konsequenzen. In einer Rede sagte sie: «Wir streben nicht an, den Menschenrechtsrat zu verlassen.» Das Gremium müsse sich aber verbessern. In ihrem Statement vor dem Rat kritisierte sie jedoch dessen Arbeit und Zusammensetzung: «Ein Mitglied des Rats zu sein, ist ein Privileg», sagte sie. «Kein Land, das die Menschenrechte verletzt, sollte einen Platz an diesem Tisch haben.» Das gelte auch für Venezuela. (SDA)

NSA beschreibt Hacker-Angriff auf US-Wahlkampf

Geheimdienste 25-Jährige gab streng geheime Informationen an Online-Publikation weiter

VON RENZO RUF, WASHINGTON

Für einmal hat sich die Redaktion des «Intercept» als Handlanger der amerikanischen Ermittlungsbehörden betätigt - obwohl die Online-Publikation doch durch den notorischen Geheimdienst-Kritiker Glenn Greenwald mitbegründet wurde. Weil der «Intercept» im vorigen Monat ein brisantes und als geheim eingestuftes Dokument aus der Küche der NSA (National Security Agency) zu verifizieren versuchte, erhielt das Justizministerium Kenntnis von dem Geheimnisver-

rat. Rasch kam die Ermittlungsbehörde der Whistleblowerin auf die Schliche. Am Samstag wurde die 25 Jahre alte Reality Leigh Winner, die für einen NSA-Subunternehmer im Bundesstaat Georgia gearbeitet hatte, verhaftet. Am Montag folgte die Anklageerhebung. Winner hatte als eine von sechs Personen das NSA-Dokument ausgedruckt, in dem ein russischer Hacker-Angriff auf amerikanische Wahlbehörden beschrieben worden war. Nun droht ihr eine langjährige Haftstrafe.

In einer Erklärung wies die Redaktion des «Intercept» gestern darauf hin, dass

ihr die Identität der Person nicht bekannt sei, die ihr den Bericht zugespielt habe. Auch seien Stellungnahmen des Justizministeriums immer mit Vorsicht zu genießen, selbst wenn sie auf Anklageschriften beruhten. Zuvor hatte der «Intercept»-Redaktor Jeremy Scahill Fragezeichen hinter die Qualität des NSA-Berichts gesetzt. So enthalte das Dokument keine eigentlichen Beweise für die Behauptung, dass der russische Geheimdienst GRU im vorigen Sommer und Herbst versucht habe, Informationen über einen Hersteller von Wahlmaschinen zu gewinnen. Auch

hiess es in dem «Intercept»-Artikel, der am Montag publiziert worden war, dass ein einziges Dokument nicht ausreiche, um endgültige Schlussfolgerungen über einen Vorgang zu ziehen.

Der NSA-Bericht, der auf Informationen beruht, die erst im April 2017 bekannt wurden, ist ein weiteres Indiz dafür, dass Russlands Geheimdienste versucht hatten, Einfluss auf den US-Wahlkampf zu nehmen. Der Bericht beschreibt Hacker-Angriffe auf den Wahlmaschinen-Hersteller VR Systems, der aber nicht namentlich genannt wird.

Afghanistan

Präsident stellt Taliban Ultimatum

Afghanistans Präsident Aschraf Ghani hat den Taliban ein Ultimatum für Friedensgespräche gestellt. «Wir bieten eine Chance auf einen Frieden, aber das ist kein unbefristetes Angebot», sagte Ghani auf einer internationalen Friedenskonferenz in Kabul, wo vor wenigen Tagen über 150 Personen bei einem Anschlag getötet wurden. «Dies ist die letzte Chance, ergreift sie oder trägt die Konsequenzen», warnte Ghani. Die Versuche, die Taliban zurück an den Verhandlungstisch zu holen, verliefen bislang erfolglos. (SDA)